



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 1 1 - 1 0 1 6**

(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) I/11

Maßnahmen zur Sicherstellung einer rechtssicheren, termingerechten und zeitnahen Aufgabenerledigung in der Personalbetreuung der Beschäftigten

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

Bestätigung Dezernent/in

M e n d e

Oberbürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

50/8

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 6.609.353,61 €
 in %: 5,9 %

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2022	Personalkosten 1101 - 2 Stellen A10 / E 9 c	160.000	160.000		1100216	636000	11 Personalbetreuung Beschäftigte
	x	2022	Arbeitsplatzkosten 2 Stellen	19.400	19.400		1100216	673510	11 Personalbetreuung Beschäftigte
	x	2023	Personalkosten 1101 - 2 Stellen A10 / E 9 c	160.000	160.000		1100216	636000	11 Personalbetreuung Beschäftigte
	x	2023	Arbeitsplatzkosten 2 Stellen	19.400	19.400		1100216	673510	11 Personalbetreuung Beschäftigte
Summe einmalige Kosten:									

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:
 Die Haushaltsmittel für die Jahre 2022 ff (Folgekosten) sind im Rahmen der kommenden Haushaltsplanberatungen anzumelden.

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Aufgrund des weiteren Anstiegs des Personalbestandes, hoher Fluktuation und erheblicher Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen entsteht ein zusätzlicher Mehrbedarf im Personalamt im Bereich Personalbetreuung Beschäftigte. Um die laufende Sachbearbeitung zeitnah sicherzustellen, muss dieser kurzfristig realisiert werden.

Anlagen: keine

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 1.1. im Personalbereich eine erhebliche Steigerung der Fluktuation mit weiter steigender Tendenz zu verzeichnen ist,
 - 1.2. der vom Hessischen Landesrechnungshof im Kommunalbericht 2015 empfohlene Fallzahlenschlüssel von 1:270 aktuell mit 1:302 deutlich überschritten wird,
 - 1.3. dieser Zuwachs eine erhebliche qualitative und quantitative Mehrbelastung für die Sachbearbeitung im Bereich der Personalbetreuung Beschäftigte nach sich zieht und im Ergebnis die Serviceleistung der Gesamtverwaltung gefährdet,
 - 1.4. die derzeitige personelle Ausstattung der Personalbetreuung Beschäftigte nicht ausreichend ist, um adäquat auf diese Entwicklung zu reagieren.

2. Es wird beschlossen:
 - 2.1. Zum Stellenplan 2022/2023 werden bei dem Personalamt im Bereich 110110 Personalbetreuung Beschäftigte 2 Vollzeitplanstellen im Stellenwert A 10/E 9c TVöD geschaffen.
 - 2.2. Die Planstellen können vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Stellenplans 2022/2023 sofort ausgeschrieben werden.
 - 2.3. Die Kosten in Höhe von 179.400 Euro p.a. werden von Dezernat I über die weiteren Bedarfe zum Haushalt 2022/23 angemeldet. Die Entscheidung hierüber wird in den Haushaltsplanberatungen gefällt.
 - 2.4. Das Personalkontingent zur Steuerung der Personalbedarfe bei Dez. I/11 ist ab 01.01.2022 um 2,0 VZÄ zu erhöhen.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Der Anstieg der Betreuungsfälle seit März 2019 (5688 Fälle) bis März 2021 (6176 Fälle) entspricht einer Steigerung von **8,6 %**.

Nicht berücksichtigt ist ein erfolgter und weiter zu erwartender Anstieg der Fallzahlen (ohne Saisonpersonal 2021) durch

- Praktikant/innen mit Entgelt (Fachhochschule u. ä., um im Zuge des demografischen Wandels frühzeitig Personal für die Stadt Wiesbaden zu gewinnen)
- Sozialassistent/innen, eine Maßnahme, um dem steigenden Bedarf im Bereich Erziehung/Bildung gerecht zu werden)
- den weiteren Ausbau im Bereich Erziehung/Bildung (neue Kitas, u. ä.)
- Mitarbeiter/innen im Rahmen von weiteren Projekten, z. B. Quereinsteiger/-innen, im Bereich Erziehung/Bildung, Teilhabechancengesetz, Förderung nach § 16i SGB II
- die weitere Zunahme von Teilzeitbeschäftigungen (Vereinbarkeit Beruf/Familie)
- die Betreuung zusätzlicher dritter Arbeitgeber

Aufgrund der hohen monatlichen Fluktuation sowie dem erneuten Anstieg der Betreuungsfälle im Umfang von 488 Fällen im Zeitraum von zwei Jahren wird der vom Hessischen Landesrechnungshof im Kommunalbericht 2015 empfohlene Personalschlüssel für die ganzheitliche Sachbearbeitung von 1:270 erneut nicht unwesentlich überschritten. Der Personalschlüssel liegt demnach aktuell bei 1:302, womit die Empfehlung des Landesrechnungshofes um 32 Fälle pro VZÄ überschritten wird. Dabei sind die Saisonkräfte noch nicht berücksichtigt.

Ausgehend von der Steigerung der Fallzahlen von März 2019 bis März 2021 ergibt sich für den Aufgabenbereich Personalbetreuung Beschäftigte entsprechend der Empfehlung des Hessischen Landesrechnungshofes im Kommunalbericht 2015 ein Mehrbedarf von 2 VZÄ.

II. Demografische Entwicklung

Die hohe Fluktuation aufgrund des demografischen Wandels muss zeitnah kompensiert werden. Um die Anliegen der Dezernate, Fachämter und Beschäftigten angemessen zu erfüllen, muss eine rechtssichere, termingerechte und zeitnahe Aufgabenerledigung sichergestellt werden.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Eine unzureichende Personalausstattung in der Personalbetreuung geht insbesondere im Prozess der Anstellung von neuen Beschäftigten zu Lasten aller Ämter. Wenn die Zeit zwischen Auswahlverfahren und Vertragsunterzeichnung zu lang ist, springen gute Bewerber*innen ggf. ab. Im Zuge der „Wechselfreudigkeit“ der jüngeren Generationen haben sich die Rahmenbedingungen in der Personalbetreuung extrem verändert und den Arbeitsanfall im Vergleich zu früheren Jahren massiv erhöht.

Wiesbaden, 29. August 2021

110110

3217 ei



Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister